



Ortsverband Großenkneten



**Programm
zur
Kommunalwahl
2021**

Programm zur Kommunalwahl 2021



Neue Partei - Neue Zeiten - Neue Antworten - Nachhaltige Gemeindeentwicklung

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Klimaschutz und Nachhaltigkeit
3. Umwelt und Naturschutz
4. Stärkung des ländlichen Raums
 - 4.1 Mobilität
 - 4.2 Entwicklung von Perspektiven
5. Landwirtschaft und Ernährung
6. Soziales und Miteinander
 - 6.1. Kommunale Sozialpolitik
 - 6.2. Gesundheit und Pflege
 - 6.3. Bauen und Wohnen
7. Bildung und Kultur
 - 7.1 Bildungseinrichtungen
 - 7.2 Das Blockhaus Ahlhorn
 - 7.3 Kunst- und Kulturangebote
8. Wirtschaft und Tourismus
9. Verwaltung und Bürgerbeteiligung
 - 9.1 Transparenz und Bürgerbeteiligung
 - 9.2 Modernisierung

1. Einleitung

Sehr geehrte Bürger*innen,
Liebe Grünen Mitglieder und Freund*innen,

im Sommer 2019 trafen sich ca. 30 Menschen aus unserer Gemeinde Großenkneten zu einer „Zukunftswerkstatt“ mit der Zielsetzung, sich mehr für Klimaschutz und eine nachhaltigere Politik in unserer Gemeinde einzusetzen. Wir bildeten Arbeitsgruppen zu den Themen Soziales, Landwirtschaft, Klimaschutz und Mobilität. Aus diesen Arbeitsgruppen entstand der neue Ortsverband Großenkneten der Grünen. Er besteht mittlerweile aus 25 Mitgliedern im Alter von 18 bis 80 Jahren, die in unserer Gemeinde im Sinne des Klimaschutzes etwas bewegen wollen. Wir setzen uns für eine klimagerechte, soziale, ökologische, faire, auf Artenvielfalt achtende, nachhaltige und grüne Zukunft in unserer Gemeinde ein. Erreichen wollen wir dies mit vielen Bürger*innen. Die Gemeinde- und Kreispolitik lebt vom ‚Mitmachen‘ und ‚Einmischen‘. Es gibt viel zu tun und viele Köpfe und Hände schaffen mehr.



2. Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Wir sind die erste Generation, die bereits Auswirkungen der menschengemachten Klimakrise erlebt und die letzte, die sie noch aufhalten kann. Um die notwendigen Klimaziele zu erreichen, müssen wir den Ausstoß an Treibhausgasen um mindestens 70% reduzieren und entsprechend zukunftsfähig und nachhaltig handeln. Darum fordern wir, dass der Klimaschutz eine besonders hohe Priorität bei allen Entscheidungen der Gemeinde Großenkneten erhält.

Die Schlüsselaufgabe des Klimaschutzes ist die Verwendung von erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus fossilem Gas, Öl und Kohle! Die natürlichen Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder erneuern können.

Nur so können wir eine natürliche Lebensgrundlage für kommende Generationen, schützenswerte Biotop, eine reiche Artenvielfalt und eine Biodiversität an Land, in Flüssen, Seen und Meeren bewahren.

Im Sommer 2019 gründete sich die Klimaschutz AG, die im Landkreis Oldenburg mit vielen Klimaschutzaktivist*innen vernetzt ist. Im Ortsverband „Die Grünen“ engagieren wir uns für eine lokale Umsetzung von Klimaschutzprojekten in der Gemeinde Großenkneten. Der Landkreis Oldenburg verabschiedete 2015 ein Klimaschutzkonzept, das von Nachbargemeinden bereits wesentlich durchgreifender umgesetzt wurde als von unserer Gemeinde. Wir setzen uns für die mittel- bis langfristige Umsetzung folgender Ziele ein.



**Großes beginnt im Kleinen:
Klimaschutz beginnt vor Ort.**

GRÜN wählen für:

- eine konsequente Erreichung des 1,5 Grad- Ziels
- die Entwicklung eines Masterplans unter Beteiligung der Bürger*innen, der steuert, wie wir als Gemeinde dazu beitragen können, um 2030 die Klimaneutralität zu erreichen
- die Einstellung einer*s Klimaschutzmanager*in (wird zu 65% durch Bundesmittel gefördert) mit der Zielsetzung, ein Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Großenkneten aufzustellen
- den Umbau der Energiewirtschaft auf nachhaltige regenerative Energiequellen, z. B. durch Solardächer auf öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kitas, Feuerwehr, Gemeindeverwaltung), Ausbau der Windenergie, etc.
- die Entwicklung eines ökologischen und nachhaltigen Konzeptes für die Erstellung von Bebauungsplänen sowie ein grundsätzliches Nachverdichtungskonzept für bereits rechtskräftige Bebauungspläne. Zukünftig müssen zur Schonung der Ressource Boden mindestens 50% der Baugebiete für eine verdichtete Bebauung vorgesehen werden. Darüber hinaus sind auf mindestens 70 % der Dachflächen Photovoltaik- oder Kollektoranlagen zu errichten und für Heizungs-, Lüftungs- und Kälteanlagen müssen erneuerbare Energieträger verwendet werden. In Gewerbe- und Industriegebieten sind zukünftig alle Dachflächen mit einer Dachneigung von kleiner/gleich 15 Grad mit einer extensiven Dachbegrünung zu errichten oder mit einer PV-Anlage zu versehen.
- die Realisierung des CO2 neutralen Industrie- und Gewerbegebietes „Sannumer Straße“ in Huntlosen als „Modellprojekt“ der Gemeinde Großenkneten
- Anreize für energieeffizientes Bauen und Sanieren im Bestand (Energetische Quartiersanierung)
- Ausweisung eines klimaneutral Wohnbaugebietes / Quartiers
- die Wiederaufnahme der Energieberatung für die Bürger*innen im Rathaus der Gemeinde in Verbindung mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen.
- Förderung der Versickerung bzw. der Rückhaltung von Regenwasser (z. B. durch den Bau von Dach- und Fassadenbegrünung), ggf. verknüpft mit einem Bonussystem bei den Oberflächenwassergebühren im Bestand. Keine Verschärfung des Oberflächenabflusses in die Vorfluter / Gräben oder in vorhandene Oberflächenwasserkanäle.
- Pflanzung von 500 Obstbäumen auf Gemeindeflächen und an Gemeindewegen, die in Patenschaften zur Pflege und Ernte vergeben werden können.



3. Umwelt & Naturschutz

"Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt." Dieser alte Slogan ist für „Die Grünen“ bis heute Leitbild, denn es gibt keinen Planeten „B“. Natur- und Umweltschutz sind kein Selbstzweck, sondern sie schützen unsere menschliche Lebensgrundlage.

Wir begrüßen den Ende 2020 per Landesgesetz beschlossenen „Niedersächsischen Weg“ für mehr Naturschutz und die Erhaltung der Artenvielfalt. In Kooperation mit den Landwirten, den Umwelt- und Naturschutzverbänden, dem Landvolk und der Landwirtschaftskammer wollen wir diesen Weg umsetzen und Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen.

Lebendige Feldraine, Wallhecken und Blühstreifen

Acker- und Wegeseitenränder, Feldraine sowie Wallhecken sind wichtige Lebensräume für eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren (Biodiversität) und haben eine enorme Bedeutung bei der Vernetzung von Biotopen (Trittsteinbiotope). In den letzten Jahrzehnten sind viele solcher Biotope durch landwirtschaftliche Nutzung schmaler geworden oder sogar gänzlich verschwunden. Wir setzen uns dafür ein, dass Acker- und Wegeseitenränder sowie Wallhecken wieder in voller Breite mit naturschutzgerechtem Bewuchs entstehen.



GRÜN wählen für:

- die Anlage von mehrjährigen Blühstreifen und eine verstärkte Förderung der Pflege und Neuanlage der landschaftsprägenden Wallhecken in der Gemeinde
- eine konsequente Einhaltung der Wegeseitenränder an Gemeindestraßen und Wegen mit Schaffung einer Biotopstruktur
- ein Konzept für die Pflege der Wegeseitenränder durch den Bauhof (abschnittsweise Pflege mit Abstand zur Grasnarbe bzw. zum Boden, um Kleintiere zu schützen)
- die Schaffung von „Grünen Bändern“ mit hohem touristischem Potenzial
- die Erstellung eines Biotopstrukturplans mit den vorhandenen und geplanten Vernetzungselementen
- die bessere Überwachung von Wegeseitenrändern, z.B. mit heute möglichen Luftbildvergleichen (Landmap), und stärkere Ahndung von Verstößen

Schutz von Grundwasser und Fließgewässer

Schutz und Sicherung unseres Grund- und Trinkwassers sind existenziell. Schadstoffeinträge in das Grundwasser sind zu vermeiden. Deshalb fordern wir eine Wasserschutzberatung für landwirtschaftliche Betriebe. Der Fokus der Beratung muss sein, weniger Mineraldünger und Pestizide auf landwirtschaftlichen Flächen einzusetzen.

An Fließgewässern brauchen wir Schutzstreifen gegen schädliche Einträge von Flächen mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Breitere Schutzstreifen, wie im „Niedersächsischen Weg“ beschlossen, sind umgehend anzulegen.



Bedingt durch den Klimawandel nehmen Extremwetterlagen zu und gefährden unsere Grund- und Trinkwasserressourcen erheblich. Kennzeichen sind lange Trockenperioden oder Starkregenereignisse. Um die Auswirkungen von Dürre und Überschwemmungen zu kompensieren, ist dringend ein Wassermanagementplan zu entwickeln.

GRÜN wählen für:

- die Förderung von Wasser speichernden und Boden schonenden Bewirtschaftungsmaßnahmen in der Landwirtschaft. Der Boden muss als Puffer und Wasserspeicher dienen, Bodenanalytik sollte für einen Humusaufbau und Begrünungsstrategien genutzt werden.
- ein Wassermanagementkonzept, das Folgen des Klimawandels kompensiert und abmildert
- die Renaturierung von Vorflutern und Drosselung des Wasserabflusses durch Drainagen
- den Einbau von fischgängigen Staustufen in Entwässerungsgräben
- den Einbau von Speicher- und Versickerungsanlagen
- Anreize zu Wassersparmaßnahmen in Industrie und Gewerbe, öffentlichen Einrichtungen und Privathaushalten
- die Verringerung der Entnahme von Wasser aus Fließgewässern und Tiefbrunnen zu Beregnungszwecken
- Die Wasserentnahme aus dem Hegeler Wald für die Stadt Oldenburg wird abgelehnt. Wassersparmaßnahmen und Brauchwasserkonzepte für die Industrie könnten eine Alternative sein
- die Rückhaltung und Versickerung von Oberflächenwasser in allen Baugebieten durch Bau von Regenrückhaltebecken, Dachbegrünungen, Retentionsräumen, Stauraumkanälen etc. Wir brauchen die Festlegung in den Bauleitplänen, dass lediglich die Menge an Oberflächenwasser in die Vorflut oder Oberflächenwasserkanäle abgeleitet werden darf, die dem Abfluss der unversiegelten Flächen entspricht. (1,5l/sec/ha/a)

Erhalt und Schutz der Moore

Moore sind ein CO₂-Speicher und nach dem Pariser Klimaschutzabkommen ausdrücklich zu schützen. Unsere Aufgabe ist es nun, dass Moore spätestens 2050 kein CO₂ mehr emittieren. Die Entwässerung der Moore ist zu stoppen. Eine Wiedervernässungsstrategie ist zu entwickeln und umzusetzen. Die nachhaltige Bewirtschaftung der Grünlandflächen auf Moorböden ist sicherzustellen.



GRÜN wählen für:

- den Erhalt vernässter Moorflächen. Durch die Umgestaltung der Abwassergräben und eine Beschränkung der Grundwasserentnahme (durch den OOWV, VWG Oldenburg, durch weitere Brunnen der Landwirtschaft) wollen wir das Huntloser Moor, das Englische Moor, das Ahlhorner Moor und viele weitere kleine Moore schützen.

Schutzgebiete stärken und erweitern

Die Gemeinde Großenkneten gehört zum Naturpark Wildeshauser Geest und ist geprägt durch vielfältige Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Flussniederungen, eine einmalige Wallheckenstruktur sowie von flächenhaften Natur- und Einzeldenkmalen. Diese gilt es stärker als bisher zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln. Dazu gehören auch die zahlreich in der Gemeinde angelegten Kompensationsflächen.



GRÜN wählen für:

- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vor Ort, kein weiterer „Ablasshandel“ in anonyme Flächenpools, wie z.B. die der Landesforsten. Das kommt oftmals nicht wirklich bei der Natur an, sondern versickert in umfangreichen, kostspieligen Planungsmaßnahmen und endet oftmals sogar in Waldrodungen mit anschließender kostspieliger „Aufwertung“.
- die Einrichtung eines Katasters über Ausgleichsmaßnahmen (Kompensationsflächenkataster). Regelmäßige Kontrollen ihrer Umsetzung (Monitoring) sind unerlässlich.
- die Übersicht über gemeindeeigene Flächen und deren Einordnung bezüglich ihres ökologischen Potentials, beispielsweise zur Anlage sog. „Trittsteinbiotope“ und Entwicklung von entsprechenden Vernetzungsstrategien
- die Überwachung der ökologischen Auflagen in unseren Neubaugebieten, Kontrolle entsprechender Vorgaben-Umsetzungen, Missbrauch und Vereinnahmung angrenzender Brachflächen (Mähen, Baumschnitt etc.)
- mehr Augenmaß bei Baumschnittmaßnahmen. Besonders unsere großen alten Eichen sind schützenswert. Da vitale Äste bei Eichen nicht ausbruchsgefährdet sind, reicht eine regelmäßige Baumkontrolle. Korrekturschnitte dürfen nur fachkundig und sparsam durchgeführt werden.
- den Erhalt der heimischen Flora durch eine rasche Erkennung und Entnahme invasiver neuer Pflanzenarten (Neophyten), die die heimische Flora völlig verdrängen (z.B. Japanischer Staudenknöterich) oder giftig für unsere Wildbienen sind (Südafrikanisches Greiskraut)

Mehr Umwelt- und Naturschutzthemen in die Politik

All diese Ziele müssen mehr Raum und Aufmerksamkeit in den Gremien der Gemeinde bekommen.

GRÜN wählen für:

- die Einrichtung eines Umwelt- und Klimaschutzsausschusses
- die Einrichtung eines Naturschutzbüros bzw. eines Dienstzimmers in der Gemeinde, für alle Umweltbelange (Fragen/ Probleme der Bürger*innen)
- mehr akute Umwelt- und Landschaftsschutzthemen in den Umwelt- und Planungsausschuss zum Schutz unserer wertvollen Landschaftselemente. Derzeit stehen fast ausschließlich auf Bauvorhaben bezogene Themen auf der Agenda.

4. Stärkung des ländlichen Raums

4.1 Mobilität in der Gemeinde Großenkneten

Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem die Treibhausemissionen seit 1990 nicht reduziert worden sind. Deshalb sollte die Verkehrspolitik eines der größten politischen Handlungsfelder sein. Das „Integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises Oldenburg und seiner Gemeinden“ vom Januar 2015, insbesondere die Ausführungen zum Handlungsfeld Mobilität sind für uns eine wichtige Grundlage zur Erreichung klimafreundlicher Alternativen in der Gemeinde.

Wir sind uns sicher, dass durch attraktivere und nachhaltigere Angebote das bisherige Mobilitätsverhalten in unserer Gemeinde veränderbar ist. Wir wollen unter der Beteiligung der Bürger*innen und der Verbände ein Verkehrskonzept erarbeiten, das dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen entspricht. Mit dem Ziel einer nachhaltigen Mobilität setzen wir uns ein für gestärkte Rechte von Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen, die Koordinierung verschiedener Mobilitätssysteme und für eine Verbesserung des ÖPNV.

Der Radverkehr braucht gute Rahmenbedingungen.

GRÜN wählen für:

- Verbreiterung, Erhaltung und Pflege vorhandener Radwege
- Anbindung innerörtlicher Radwege an ein regionales Radschnellwegenetz
- öffentliche Ladestationen für E-Bikes in allen Ortsteilen unserer Gemeinde
- Finanzielle Förderung von Lastenrädern (privat und gewerblich) durch die Gemeinde
- zügige Räumung der Fahrradwege im Winter
- stärkere Ahndung, wenn Fahrrad- und Fußwege zugeparkt werden
- Tempo 30 km/h innerorts, um die Sicherheit für Fußgänger*innen, insbesondere für Kinder zu erhöhen
- Mittelinseln, Zebrastreifen, Grünstreifen in Abgrenzung zur Fahrbahn, Bänke und Plätze zum Verweilen



Verschiedene Mobilitätssysteme brauchen ein positives Umfeld.

GRÜN wählen für:

- nachhaltige Mobilität, z. B. durch die Einrichtung von Mitfahrbänken, ein Ruf- oder Bürgerbussystem (auch zur besseren Anbindung unserer Gemeinde an die Kreisstadt Wildeshausen), Car- oder Bike-Sharing an Bahnhöfen und in Wohnsiedlungen, öffentliche Ladesäulen für E-Mobilität, Pendlerportale
- witterungssichere Fahrradständer an allen geeigneten Haltestellen, um das Fahrrad mit dem ÖPNV besser kombinieren zu können. Auch in Bussen sollte es möglich sein, Fahrräder mitzunehmen.
- das Angebot einer Mobilitäts-App, die neben Fahrplanauskünften und Ticketbuchungen die Reservierung von Leihfahrzeugen aller Art ermöglicht. Über Betriebsstörungen und Alternativrouten soll informiert werden. Angestrebt wird eine

Bester-Preis-(best-price) Abrechnung: Wer sich dazu anmeldet, soll je nach Nutzungsverhalten innerhalb eines Monats im Nachhinein den besten Preis abgerechnet bekommen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss attraktiver sein.

GRÜN wählen für:

- einen festen halbstündigen Takt auf der gesamten Strecke Wilhelmshaven-Osnabrück
- eine erweiterte Fahrplangestaltung auch am Wochenende und an den Abenden
- eine regelmäßige Busanbindung an die Kreisstadt Wildeshausen aus allen Ortschaften der Gemeinde
- kostengünstige Tarife



4.2 Entwicklung von Perspektiven

Strukturwandel in der Landwirtschaft, Flächenkonkurrenz und demographischer Wandel sind Stressfaktoren für die ländliche Gesellschaft. Wir wollen die Entwicklung neuer Perspektiven auf dem Land aktiv unterstützen. Dabei spielt die Digitalisierung eine wichtige Rolle, um den ländlichen Raum zu entwickeln.

GRÜN wählen für:

- die Schaffung von Orten der Begegnung (z. B. Dorfgemeinschaftshäuser), die in allen Ortschaften Begegnungsmöglichkeiten und kulturelle Angebote vor Ort ermöglichen (nutzbar von Dorfgemeinschaften, Gruppen und Vereinen)
- eine erhöhte Aufenthaltsqualität in den Ortschaften (mehr Grünflächen, verkehrsarme Ruhezonen, Schutz des Ortsbildes und seiner identitätsprägenden Bauten)
- den Erhalt bzw. die Verbesserung der Grundversorgung vor Ort (Poststelle, Einkaufsmöglichkeiten, Frisör, Apotheke, ärztliche Versorgung und Pflege). Eine gute Versorgungsstruktur kann lebenswichtig sein, steigert die Lebensqualität und trägt dazu bei, unnötige Fahrten zu vermeiden.
- Co-Working. Arbeiten im Homeoffice vermeidet Wege und kann eine Chance für den ländlichen Raum darstellen. Co-Working-Zentren in unserer Gemeinde bieten neuen Formen des Arbeitens die notwendige Infrastruktur.
- die Stärkung von Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe, z.B. mit digitalen Diensten
- den Erhalt und die Wiederbelebung von Infrastrukturen mit neuen Konzepten, z.B. Genossenschaften und Selbsthilfeinitiativen, Einrichtung einer Anlaufstelle für Zukunftsfragen in der Gemeinde. Es werden Mitarbeiter*innen gebraucht, die Projekte zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe auf dem Land anregen, beraten und begleiten und somit zukunftsfähige Transformationsprozesse fördern und gestalten.

5. Landwirtschaft & Ernährung

Die Grünen stehen für die Stärkung einer bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft mit artgerechter Nutztierhaltung. Die jetzige Landwirtschaftspolitik führt zu großen Umweltbelastungen. Daher fordern wir eine Änderung der Förderpolitik: Sie muss sowohl umweltschonend und ökologisch ausgerichtet sein als auch kleineren Betrieben zukünftig eine gesicherte Existenz bieten: Die Vermarktung muss einerseits (auch aus Gründen des Klimaschutzes) regionaler ausgerichtet werden, andererseits sind faire Preise für die Erzeuger*innen für uns unabdingbar, um zukünftig auch kleine bäuerliche Betriebe zu erhalten.



Die Landwirt*innen fordern zu Recht für sich und ihre Arbeit mehr Wertschätzung und höhere Produktpreise. Die Verbraucher*innen fordern ebenfalls zu Recht mehr Umweltschutz, Artenvielfalt, Grundwasserschutz und vieles mehr.

Für eine bäuerliche Landwirtschaft mit hoher Gewichtung der regionalen und ökologischen Notwendigkeiten sind wir Grünen bereit, viele Weichen auf Bundes- Landes- und lokaler Ebene zu stellen.

Dafür braucht es:

- verlässliche Rahmenbedingungen, Kampagnen und Umbau der Förderprogramme
- die Inwertsetzung (d.h. die ökonomische Honorierung) der erbrachten Umweltleistungen der Landwirtschaft: extensive Landnutzung, vielfältige Fruchtfolge, Bio-Anbau, Erhalt von Hecken, Landschaftselemente, Lerchenfenster, Landschaftspflege, Verzicht auf Pestizide, Erhalt und Vergrößerung von Grünland, Weidehaltung, Flächenbindung der Tierhaltung etc.
- einen artgerechten Umbau der Stallungen. Für die Finanzierung muss unter anderem die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) umgebaut werden, so dass z.B. keine Flächenprämien gezahlt, sondern gesellschaftliche und ökologische bzw. nachhaltige Leistungen honoriert werden
- Maßnahmen für eine qualitative Weiterentwicklung der Lebensmittelverarbeitung und des Groß- und Einzelhandels. Wir brauchen Fair-Handelskonzepte zur Inwertsetzung, Qualifizierung von Mitarbeiter*innen sowie qualitative Werbekonzepte statt „Günstig-Werbung“.
- Motivations- und Informationskampagnen für Verbraucher*innen
- den Aufbau von Wertschöpfungsketten-Partnerschaften, d.h. faires und kooperatives Wirtschaften über alle Handelsstufen hinweg: vom Erzeugen, über das Verarbeiten und den Handel bis zu den Verbraucher*innen
- die Gemeinde- und Kreispolitik als Motor mit Vorbildwirkung bei der Inwertsetzung
- regionale und kommunale Vermarktungsstrategien

Da werden wir Bündnis-Grünen im Gemeinderat unseren Beitrag für einen langfristigen Wandel leisten und eine Gemeindeverwaltung / die Politik muss ein Motor sein.

Regional, saisonal, ökologisch, fair: Wer weiterdenkt, kauft näher ein!

Wir sind alle Konsument*innen: jede/r Einzelne, die Gemeinde und der Landkreis. Die Verbraucher*innen entscheiden durch ihr Einkaufsverhalten mit, wie und welche Lebensmittel hergestellt werden. Die Grünen fordern eine bessere Transparenz der Lebensmittellieferkette („from farm to fork“- Strategie). Das Angebot aus regionaler, saisonaler und ökologischer Herkunft muss gesteigert werden, insbesondere in den Schulen, Kitas, in der Gastronomie und allen öffentlichen Einrichtungen. Diese Vorbildfunktion ist wichtig, um das allgemeine Einkaufsverhalten nachhaltig zu verändern. Die von den Grünen im Kreistag 2020 auf den Weg gebrachte und beschlossene Ökomodellregion für den Landkreis ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Gemeindepolitik kann und muss sich in diesem Prozess engagieren.



Mehr Tierschutz und artgerechte Haltung

Auf Dauer wird eine Landwirtschaft nur dann erfolgreich sein, wenn hohe Umwelt- und Tierschutzstandards als Selbstverständlichkeit umgesetzt werden. Alle landwirtschaftlichen Nutztiere haben ein Recht auf artgerechte Haltung. Das gilt für Tierhaltungen in Großbeständen genauso wie für kleinere Betriebe. Letztere müssen wegen des höheren Aufwandes durch Programme und Öffentlichkeitsarbeit besonders unterstützt werden.



Die hohe Anzahl landwirtschaftlicher Nutztiere, die damit verbundene Menge an Gülle und Gärresten aus Biogasanlagen belasten bereits viele Böden sowie das Oberflächen- und Grundwasser. Die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft sind unverändert hoch und müssen kurzfristig gesenkt werden.

Deswegen fordern die Grünen eine Reduzierung der Tierzahlen. Neubauten von Tierställen dürfen nur noch in begründeten Ausnahmefällen genehmigt werden. Wir müssen den Spagat schaffen, gleichzeitig eine wettbewerbsfähige, umweltgerechte und nachhaltige Landwirtschaft mit fairen Preisen bei extensiverer Bewirtschaftung zu betreiben. Das geht nur über eine gezielte Änderung der staatlichen Förderung, aber auch über regionale und lokale Initiativen und letztlich eine Verhaltensänderung aller.

Die Gemeinde als Verbraucherin

Die Gemeindepolitik hat nur wenige Möglichkeiten, auf die örtliche Landwirtschaft Einfluss zu nehmen – die sollten wir aber konsequent nutzen. So kann die Gemeindepolitik für regionales und ökologisches Essen in den Schulen sorgen, beim Rathausempfang nur regionale und ökologische Produkte anbieten, Bauernmarktstände auch vor Supermärkten unterstützen und die regional ausgerichteten Betriebe in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen (z.B. ein Lokalteller in der Gastronomie). In Workshops mit Landwirt*innen, Verbreitungs- und Vermarktungsunternehmen sowie interessierten Bürger*innen soll ein Unterstützungs-konzept mit konkreten Zielen und Maßnahmen entwickelt werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit kann die Gemeinde auch die Verbraucher*innen dazu motivieren, bewusster einzukaufen.



GRÜN wählen für:

- eine ökologischere Landwirtschaft mit Wertschätzung und besseren Preisen als Ausgleich
- die Reduzierung der Tierzahlen und Bindung an vorhandene Fläche (Flächenbindung)
- das Ende der Bauleitplanung für weitere Masttierställe
- die Nutzung von Planungsinstrumenten, um einen Umbau von Masttierställen in Richtung artgerechte Haltung zu unterstützen
- die Flächenbegrenzung für den Energiepflanzenanbau (z.B. Raps und Mais)
- die Anpassung von Flächen im Besitz der Gemeinde an die Rahmenbedingungen der EU-Bio-Verordnung. Laufende Verträge werden bei Auslaufen angepasst
- eine Gemeinde als Vorbild für fairen, regionalen und ökologischen Einkauf
- die Motivation von Verbraucher*innen für den Kauf von fairen, ökologischen und regionalen Produkten
- eine Initiative für Bauernmarktstände auch vor Supermärkten

6. Soziales und Miteinander

6.1 Kommunale Sozialpolitik

Leider gibt es in unserem Sozialstaat eine hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Rente, Vermögen und Chancen. Viele Regelungen werden auf Bundes- und Landesebene getroffen und können nicht direkt von Städten, Gemeinden oder Landkreisen beeinflusst werden. Die Beseitigung der Kinderarmut sowie der Altersarmut durch eine Grundsicherung ist eine längst überfällige Bundesentscheidung. Allerdings gibt es viele soziale Bereiche, in denen sich Bürger*innen in ihrer Kommune direkt einbringen können, sei es auf politischer Ebene oder im ehrenamtlichen Bereich, denn: Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie.

Wir Grünen setzen uns für eine kommunale Sozialpolitik ein, die die Teilhabe aller an einem selbstbestimmten Leben ermöglichen soll. Dafür wollen wir Armut bekämpfen, Barrieren entfernen und dazu beitragen, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Dabei streben wir eine weltoffene Gesellschaft und eine Kultur der Vielfalt an, in der die Vielseitigkeit als Bereicherung erlebt werden kann. (z. B. Vielfalt der Kulturen, Vielfalt der Religionen, Vielfalt der geschlechtlichen Orientierungen).



Wir setzen uns ein für ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben, und derer, die neu zugewandert sind. Wir wollen eine freie, weltoffene und vielfältige Gesellschaft und stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt.

Die Gemeinde unterstützt bereits einige wenige Anlaufstellen für Schutzbedürftige sowie Selbsthilfegruppen. Diese müssen ausgebaut werden. Das kommunale Spektrum ist groß und reicht von der Krippe bis zur Pflege im Alter. Bei all diesen Überlegungen ist es ganz entscheidend, den demographischen Wandel und die Generationengerechtigkeit nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die Grundlage dieser Sozialpolitik ist eine transparente Bürger*innen-Beteiligung und die Stärkung von ehrenamtlichem Engagement.

Integration

Integration beginnt mit dem Tag des Ankommens. Wer Teil dieser Gesellschaft werden soll, braucht Rechte und Zugänge. Wer Teil unserer Gesellschaft werden will, braucht Sprache und Motivation.

Ohne die große ehrenamtliche Unterstützung von engagierten Bürger*innen in der Arbeit mit Geflüchteten wäre das, was bisher geschafft wurde, nicht möglich gewesen. Hier gilt es, weiterhin einerseits die ehrenamtlichen Helfer*innen zu unterstützen und andererseits den Geflüchteten das Rüstzeug zu geben, um selbstbestimmt leben zu können.

Darüber hinaus beschäftigt uns die Integration von arbeitsmigrantischen Mitbürger*innen, d.h. von Menschen, die meist aus Rumänien oder Bulgarien als Europäer*innen zu uns kommen und Arbeit suchen, hier aber z.T. unter ausbeuterischen Arbeits- und Wohnbedingungen leben müssen. Für sie wollen wir Verbesserungen erreichen.

GRÜN wählen für:

- die Förderung von Bildungszugängen und weitere spezielle Unterstützung bei der Sprachförderung (Deutsch als Zweitsprache) für Geflüchtete, auch für die zugezogenen Familienangehörigen, wenn möglich über Förderprogramme des Bundes/Landes
- die Schaffung von kombinierten berufsbildenden und sprachfördernden Maßnahmen
- die Erarbeitung konkreter Planungen und Integrationskonzepte (Quartiersmanagement) durch Kommune und Landkreis, damit das Zusammenleben in der Gemeinschaft (Teilhabe) und der politisch kulturelle Austausch gefördert werden. Hier ist vor allem die ehrenamtliche Arbeit außerhalb und innerhalb von Vereinen und Institutionen auch finanziell zu unterstützen.
- die Förderung der Präventionsarbeit aller Akteur*innen im Landkreis. Damit sollen vorhandene Defizite in der Integration vermieden bzw. vermindert werden.
- die Schaffung von Begegnungsräumen für Bürger*innen (auch in Huntlosen)
- Informationsveranstaltungen zur Entwicklung demokratischer Werte und gegen Rassismus



Die besondere Herausforderung in Ahlhorn

Im Ort Ahlhorn und besonders im dortigen Wohnpark (ehemalige Bundeswehrgebäude) leben viele sozial Benachteiligte, Spätaussiedler*innen, Kriegsflüchtlinge und Osteuropäer*innen, die zum Großteil in prekärer Beschäftigung arbeiten. Daher sind hier besondere Integrationsprojekte notwendig. Hinzu kommen im Sommer noch einige tausend

Erntehelfer*innen auf Spargel-, Erdbeer- und Gemüsefeldern, die ein Dorf im Dorf bilden. Für das soziale Miteinander ist dieser Mix aus Bewohner*innen eine große Herausforderung. Für die nur kurze Zeit im Wohnpark Ahlhorn Wohnenden werden Integrationsangebote kaum interessant sein. Für diejenigen, die längerfristig hier wohnen und arbeiten, gibt es von unterschiedlichen Akteuren Angebote, z.B. von der Gemeinde sowie von Beratungs- und Bildungsträgern. Hierzu gehören:

- die LEB Großenkneten mit Sprachkursen und Beratung
- ein Sprach-Café des Jobcenters
- das BNW mit einer Maßnahme zur beruflichen Aktivierung
- das Diakonische Werk mit einem Beratungsbüro zur Koordination der Migrationssozialarbeit und Beratung
- das Beratungscafé mit den Trägern Also, Faire Mobilität der Gewerkschaft sowie Gemeinde und Landkreis.

Aus dieser Auflistung wird schon deutlich, wie wichtig ein abgestimmtes und vernetztes Konzept für die Anbieter der Maßnahmen, aber noch wichtiger für die vielfältigen Kund*innen ist. Die Gemeinde muss dabei eine zentrale koordinierende Stellung einnehmen. Die aufgelisteten Maßnahmen sind gute und wertvolle Bausteine, aber sie müssen wie ein Uhrwerk ineinandergreifen, um nachhaltigen Erfolg zu haben. Die bisherigen Anstrengungen reichen nicht aus und müssen verstärkt werden.

GRÜN wählen für:

- die Entwicklung eines partizipativ entwickelten und vernetzten Integrationskonzepts, um den Problemen im Zusammenleben in Ahlhorn zu begegnen.
- die Verbesserung der Wohnsituation der Arbeitsmigrant*innen und ihrer Familien u.a. durch entsprechende Kontrollen (Wohnraumschutzgesetz). Da sie in einem starken Abhängigkeitsverhältnis stehen, mieten sie zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen überbezahlten Wohnraum von ihren Arbeitgeber*innen.
- Begegnungsfeste und Kulturveranstaltungen (z.B. gemeinsames Kochen), die durch die Gemeinde organisiert sind und die Orte des Austausches werden können
- eine Gemeinde als „Kümmerer“ für eine moderierte Begegnung und einen politisch-kulturellen Austausch zwischen Einheimischen und Migrant*innen in Ahlhorn
- die Ausweitung der bislang rein städtebaulichen Initiative „Soziale Stadt“ Ahlhorn auf den Bereich des sozialen Lebens
- die Öffnung des Wohnparks Ahlhorn und Beendigung der Einlasskontrolle, d.h. für einen freien Zugang für Berater*innen und Besucher*innen
- eine Tagung zur Entwicklung eines Konzepts, wie die Wohnsituation in Ahlhorn entzerrt werden kann. Ein Wohnungsbau in Verantwortung der Arbeitgeber*innen führt zu neuen Abhängigkeiten.

6.2 Gesundheit und Pflege

Die Gesundheit ist für uns das höchste Gut. Wie verletzlich wir und unsere Gesellschaft sind, haben wir in den vergangenen Monaten in der SARS-Cov-2- Pandemie erfahren. Nicht nur die Gesundheit des Einzelnen, auch der Zusammenhalt untereinander ist schweren

Anforderungen ausgesetzt. Wir streben das Wohlergehen aller Menschen unter möglichst guten Lebensbedingungen an.

GRÜN wählen für:

- Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung durch Haus- und Fachärzte und -ärztinnen vor Ort
- Unterstützung der Ansiedlung von Allgemeinmediziner*innen und Fachärzt*innen in den Ortsteilen der Gemeinde Großenkneten
- die Förderung neuer Wohn- und Betreuungsmodelle für Senior*innen und generationsübergreifende Wohnpartnerschaften in unseren Ortschaften
- gesunde Ernährung (DGE-Standard mit viel Bio) in der Gemeinschaftsverpflegung in der Schul- und Kitaverpflegung
- eine Ausweitung der hauptamtlichen Stellen im Bereich der mobilen Kinder- und Jugendarbeit für alle Gemeindeteile

6.3 Bauen & Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum

Seit Jahren steigen die Preise für Mieten, Grundstücke und Häuser überproportional. Das ist inzwischen für Menschen aller Einkommensgruppen problematisch. Eine Trendwende ist auch hier in der Gemeinde nicht in Sicht. Von daher begrüßen wir es, dass die Gemeinde die Grundstücksvermarktung und damit auch die Preisgestaltung zum Großteil in eigenen Händen behält. Darauf werden wir als Grüner OV auch weiterhin Wert legen. Bauen und Wohnen darf nicht zum Spekulationsobjekt der Investmentfonds verkommen.

Das gleiche gilt für die Mietpreisentwicklung. Der Wohnungsmarkt reguliert sich nicht mehr selbst. Viele Menschen wohnen in unpassenden Räumlichkeiten – zu klein, z.B. bei Familiengründung, oder auch zu groß, z.B. nach Auszug der Kinder oder im Alter. Umwelt- und Klimaschutz verlangen jedoch heute nachhaltige und zukunftsfähige Maßnahmen.

Bezahlbarer und angemessener Wohnraum soll allen Bürger*innen vor Ort zur Verfügung stehen.

GRÜN wählen für:

- die aktive Förderung von sozialem Wohnungsbau für Benachteiligte und Familien. Die Voraussetzung dafür ist die Nachhaltigkeit bei Flächennutzung, Bauweise und Energie.
- die Einbeziehung aller Fördermöglichkeiten von Land und Bund, um wirklich Bedürftige (Personen mit niedrigem Einkommen, größere Wohngemeinschaften) zu erreichen.
- die Förderung von genossenschaftlichen Wohnkonzepten ohne Gewinnorientierung. Die Kommune ist offen für eine finanzielle Beteiligung.
- eine Quotierung des sozialen Wohnungsbaus mit anteilig mind. 10% aller Bebauungspläne und Neubauprojekte



- die Prüfung, ob kommunale Beteiligungsmodelle, Erbbaurecht oder Vorkaufsrechte u.a. möglich sind
- die Förderung durch die Kommune. Kompetente und neutrale Berater*innen informieren oder unterstützen bei möglichen Umgestaltungen von Bestandsimmobilien. Dadurch können durch innere Verdichtung neue Wohneinheiten entstehen.
- die Förderung von Wohnraum durch Aufstockung von Gewerbeimmobilien
- die Genehmigung neuer Gewerbeflächen zum Teil mit Mischbebauung bzw. eine bauliche Integration von Wohnraum in Gewerbeimmobilien unter Beachtung des Rechtsrahmens
- Erhöhung des Anteils von Gewerbeflächen mit genehmigter Mischbebauung unter Beachtung des Rechtsrahmens
- die Begünstigung unterschiedlichster sozialer Wohnformen. Es soll der Grundsatz des integrativen Zusammenlebens gelten, also die Mischung der Generationen wie auch der Herkunftsnationen.
- Förderung des Tausches von Immobilien durch eine gemeinwohlorientierte Wohnungsbau-/ Wohnungsagentur (Angebotsbörse). Hier können im Eigentumssektor neben reinem Geldwertausgleich auch Mietkauf- oder Rentenkaufmodelle zum Einsatz kommen.

7. Bildung

7.1 Bildungseinrichtungen

Alle Menschen haben ein Recht auf optimale Bildungschancen. Insbesondere benachteiligte Familien mit ihren Kindern haben unsere besondere Aufmerksamkeit in Bezug auf Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Die Gemeinde Großenkneten ist als kommunaler Schulträger verantwortlich für die Schulentwicklungsplanung, die räumliche und sächliche Ausstattung der Grundschulen und der Sek.-I-Schulen. Für die Krippen, Kindertagesstätten und den Hort besteht darüber hinaus die Verantwortung für die Erfüllung des Rechtsanspruchs der Eltern.



GRÜN wählen für:

- wohnortnahe Bildungseinrichtungen, damit der Schulbustransport nicht in dem bisherigen Umfang notwendig ist.
- eine Ausrichtung der vorschulischen Bildung in den Krippen, Kindertagesstätten und dem Hort an der Konzeption der Inklusion. Der Besuch der Einrichtungen sollte für die Eltern **kostenlos sein**.
- die praxisorientierte Vermittlung von mehr Umweltbewusstsein in den Bildungseinrichtungen, insbesondere im Sinne des Klimaschutzes (Bildung für Nachhaltige Entwicklung)
- die bauliche Sanierung und ggfs. die Erweiterung der Bildungseinrichtungen in der Gemeinde mit der Ausrichtung auf einen angestrebten Ganztagsunterricht

- die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit einem leistungsfähigen Internetanschluss, einer zeitgemäßen IT-Ausstattung und einem technischen Support. Besondere Aufmerksamkeit benötigen dabei die sozial benachteiligten Schüler*innen.
- die Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen zu Integrierten Gesamtschulen und deren Ausbau und Ausstattungen gemäß den Vorgaben des inklusiven Unterrichts
- eine gesunde und ausgewogene Verpflegung in den Kindergärten, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Die Lebensmittel sollten möglichst regional und ökologisch angebaut bzw. erzeugt worden sein.
- die Erweiterung des pädagogischen Personals an den Schulen durch Sozialpädagog*innen, um Entwicklungsstörungen rechtzeitig begegnen zu können
- den Ausbau und die weitere Förderung der Deutsch- und Sprachkurse in der Erwachsenenbildung zur Förderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen

7.2 Das Blockhaus Ahlhorn

Das Blockhaus Ahlhorn muss für die wertorientierte Jugendarbeit erhalten werden. Die Evangelisch-Lutherische Kirche Oldenburg zieht sich aus wirtschaftlichen Gründen aus der Trägerschaft der bekannten Kinder- und Jugendfreizeitstätte Blockhaus Ahlhorn zurück. Das hat die Synode am 19./20.11.2020 mehrheitlich beschlossen.

Die Bildung und Weiterbildung ist eine Voraussetzung sowie Grundlage für einen wertschätzenden Umgang mit Mensch, Natur und Umwelt. Nach Auffassung der Grünen sollte die geschichtsträchtige Einrichtung als Ort für eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), aber auch als Ort des Gedenkens (NS-Vergangenheit) erhalten und weiterentwickelt werden. Als Lern- und Umweltbildungseinrichtung für Schüler*innen, Jugendliche und Umweltaktivist*innen kann in diesem Naturschutzgebiet (FFH-Gebiet - Flora-Fauna-Habitat) die Bedeutung der Naturzusammenhänge besonders praxisnah vermittelt werden. Das angrenzende ‚Waldpädagogikzentrum‘ und das ‚Jugendwaldheim‘ der Niedersächsischen Landesforsten als anerkannte außerschulische Lernorte für BNE müssen bei der Planung miteinbezogen werden.

GRÜN wählen für:

- wertorientierte Kinder- und Jugendfreizeitstätte Blockhaus Ahlhorn
- eine Gemeindeverwaltung mit einer Politik als Motor dieser Neuausrichtung
- wenn nötig beteiligt sich die Gemeinde an einer Trägerschaft

7.3 Kunst- und Kulturangebote

Kunst und Kultur sind wichtige Bestandteile unseres Lebens. Sie geben uns Impulse, steigern die Attraktivität und die Lebensqualität, sie ermöglichen die Identifikation der Bürger*innen mit der Gemeinde. Ein gutes kulturelles Angebot ist daher auch ein wichtiger Standortfaktor. In unserer Gemeinde wird das Kulturangebot getragen von den örtlichen Vereinen und Kulturvereinen. Sie organisieren ihre Angebote ehrenamtlich und bieten so vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und stärken die kulturelle Vielfalt.

GRÜN wählen für:

- eine finanzielle Unterstützung der Kulturvereine

- eine Entwicklung von partizipativen Kulturprojekten zur Integration von Kriegsflüchtlingen und osteuropäischen Arbeitsmigrant*innen

8. Wirtschaft & Tourismus

Grundsätzlich sind wir Grünen davon überzeugt, dass sich die Ausrichtung der Wirtschaft grundlegend in Richtung einer energie- und ressourcensparenden Ökonomie ändern muss. Umweltschonende Produktion und Handwerk haben für uns einen hohen Stellenwert. Unsere Priorität liegt auf Regionalität, sicheren Arbeitsplätzen und vielfältigen Handwerksbetrieben vor Ort an Stelle von Globalisierung und Wachstum als oberste Maxime.

Wir wollen den Tourismus in unserer Region attraktiver machen durch die Pflege unserer Naturschätze, unserer Naturschutzgebiete und Naturdenkmale. Dazu gehört auch die Verbesserung der Radfahrwege sowie die Kulturförderung, um die bereits jetzt attraktiven Angebote weiter ausbauen zu können.

GRÜN wählen für:

- die Unterstützung ortsansässiger Dienstleister, Handwerksbetriebe und Manufakturen bei der Entwicklung und Erprobung ressourcenschonender und/oder energiesparender sowie CO²-neutraler Produktions- und Betriebsweisen. Sie könnten z.B. für den Grunderwerb einen Kaufpreisbonus bekommen, wenn sie bestimmte ökologische Standards erfüllen.
- die Unterstützung der ortsansässigen Betriebe bei der innovativen Entwicklung entsprechend der oben genannten Leitlinien in ihrer Entwicklung
- gute Bezahlung für alle Arbeitskräfte (auch Saisonarbeiter*innen und Pflegekräfte) in unseren Betrieben und Einrichtungen sowie die Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse, die langfristig katastrophale Folgen haben
- die Entwicklung von Konzepten, um den Flächenverbrauch zu reduzieren und dem Zielkonflikt zwischen Flächenverbrauch und landwirtschaftlichen Flächen entgegenzuwirken
- die Bedienung ortsansässiger Betriebe, anstatt pauschal Industrie- und Gewerbeflächen auszuweisen. Das sollte der erste Schritt weg vom alleinigen Wachstumsgedanken hin zur langfristigen, gesunden Entwicklung sein.
- die Pflege der vor- und frühgeschichtlichen Zeugnisse in unserer Landschaft aber auch der anderen Naturschätze wie die Ahlhorner Fischteiche oder das Huntetal.

9. Verwaltung

9.1 Transparenz & Bürgerbeteiligung

Nicht nur für die Erarbeitung und Umsetzung des Gemeindeentwicklungskonzeptes wollen wir ein sehr hohes Maß an Transparenz und Bürgerbeteiligung, denn Transparenz und Bürgerbeteiligung stehen für uns als zukünftige Grüne Ratsmitglieder grundsätzlich im Vordergrund unserer Politik.

Bei unserer zukünftigen Arbeit in den Gremien der Gemeinde legen wir großen Wert darauf, dass die dort zu treffenden Entscheidungen auf eine möglichst breite Basis gestellt und die

Menschen ‚mitgenommen‘ werden. Transparenz heißt für uns, die Bürger*innen rechtzeitig, umfassend und ehrlich über anstehende Entscheidungen zu informieren und ihnen eine Beteiligungsmöglichkeit anzubieten.

GRÜN wählen für:

- ein Höchstmaß an Öffentlichkeit und Transparenz in der Gemeindegarbeit. Dafür sollen öffentliche Sitzungen in den Medien übertragen werden.
- eine Reduzierung der nichtöffentlichen Sitzungen. Nur ‚das gesetzlich Notwendige‘ sollte ohne Öffentlichkeit beraten werden.
- frühzeitige Einwohner-Informationsveranstaltungen
- Einwohnerfragestunden auch am Ende jeder öffentlichen Gremiensitzung
- Erprobung von Beteiligungsmodellen, z.B. Bürgerhaushalt, Jugendparlament

9.2. Modernisierung

Eine moderne Verwaltung soll Dienstleister und Partner der Bürger*innen sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet sein. Moderne Verwaltung steht für Bürger*innennähe, kurze Wege, höhere Qualität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse. Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll besser, dynamischer, niederschwelliger und bürger*innennäher werden. Der digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleistungen unserer Gemeinde auch weiterhin in vollem Umfang analog zur Verfügung stehen.

GRÜN wählen für:

- ein digitales Angebot aller digitalisierbaren Verwaltungsdienstleistungen bis spätestens Anfang 2023 durch eine E-Government-Strategie für Großkneten, die wir im Rahmen der Erarbeitung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes entwickeln. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt.¹
- die Fortbildung der Mitarbeiter*innen für die Aufgaben einer digitalen Verwaltung
- die Schaffung einer Großkneten-App, die Informationen über regionale Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von Vereinen und Unternehmen zugänglich macht und die Möglichkeit schafft, Termine bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen
- eine Gemeinde, die eine Vorbildfunktion auch bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen einnimmt. Deshalb treten wir für die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards ein. Waren und Dienstleistungen, die in der Region verfügbar sind, sollen prioritär auch regional eingekauft werden. Fairtrade sollte immer Priorität haben.
- die Bewerbung als Fairtrade-Gemeinde für gerechten Handel global und regional
- das Streaming öffentlicher Ratssitzungen. Die Bürger*innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer Entscheidungsprozesse.

¹: Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet alle Behörden dazu, bis spätestens Ende 2022 alle behördlichen Dienstleistungen, die dazu grundsätzlich geeignet sind, auch digital anzubieten.



Dieses Programm wurde auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 12. Mai 2021 einstimmig beschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber

Vorstand des Ortsverbandes Großenkneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Eduard Hüsters, Georg Zindl, Silvia Hiemann, Miro Kleinichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband

Kontaktadresse:

Eduard Hüsters

Hosüner Sand 2

26197 Huntlosen

info@eduard-huesters.de

Bilder:

Meendert Buurman, Axel Janßen, Christoph Gerhard, Eduard Hüsters, Grüne Netzbegrünung

Danke

Ein ganz herzlicher Dank geht an die zahlreichen Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die über viele Stunden - in digitalen Klausursitzungen und in kleineren Arbeitsgruppen - mit viel Engagement Inhalte zusammengetragen, ausgearbeitet und diskutiert haben.

